

Zeitschrift: Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

Herausgeber: Schweizerische Stiftung Für das Alter

Band: 11 (1933)

Heft: 1

Vereinsnachrichten: An die hohe Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft = Aux chambres fédérales de la Confédération suisse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZ. STIFTUNG
„FÜR DAS ALTER“

Zürich, den 8. März 1933.

*An die hohe Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft*

Bern

Hochgeehrte Herren Nationalräte!
Hochgeehrte Herren Ständeräte!

In der bevorstehenden Frühjahrssession haben Sie sich unter anderem mit zwei Verhandlungsgegenständen zu befassen, welche unsere Stiftung und die von ihr betreuten Greise und Greisinnen nahe angehen: 1. Verlängerung des Bundesbeschlusses vom 16. März 1929 über die Unterstützung bedürftiger Greise. 2. Übergangsbestimmung zu Art. 34 quater der Bundesverfassung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Erlauben Sie uns, daß wir Ihnen unsere Wünsche hinsichtlich dieser beiden Vorlagen unterbreiten, in der Hoffnung, Sie werden ihnen bei der Fassung Ihrer Beschlüsse nach Möglichkeit Rechnung tragen.

1. Verlängerung des Bundesbeschlusses
vom 16. März 1929 über die Unterstützung
bedürftiger Greise.

Wir richten die dringende Bitte an Sie, daß beide eidgenössische Räte die Vorlage in der Frühjahrssession behandeln und verabschieden. Unsere Kantonalkomitees, denen die Einzelunterstützung bedürftiger Greise übertragen ist und die Bundessubvention zufließt, wären ohne rechtzeitigen Eingang der Bundessubvention für das laufende Jahr nicht imstande, ihre bisherigen Unterstützungen

aufrecht zu erhalten. Die notleidenden Alten wären somit die unmittelbaren Opfer jedes Verzugs.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, die Bundesversammlung werde unserem wiederholten, begründeten Gesuch um Erhöhung der Bundessubvention Gehör schenken, und sind darin durch den erfreulichen Beschluß der nationalrätlichen Kommission, die Bundesleistung auf 1 Million Franken zu erhöhen, bestärkt worden.

Die Unterstützungslast unserer Kantonalkomitees ist von Fr. 1,301,000 im Jahre 1928 auf Fr. 2,047,000 im Jahre 1931 gestiegen. Da sie durchschnittlich um rund eine Viertelmillion jährlich wächst, dürfte sie im laufenden Jahr nahezu doppelt soviel als 1928 erreichen. Die Kantone haben diesen unaufhörlich zunehmenden Anforderungen in weitgehendem Maße Rechnung getragen durch Erhöhung ihrer Beiträge von Fr. 211,000 im Jahre 1928 auf Fr. 833,000 im Jahre 1931 und gegen 1 Million Fr. im abgelaufenen Jahre. Daß die freiwilligen Sammlungsergebnisse infolge der Krise von ihrem Höchststand von Fr. 889,000 im Jahre 1929 auf Fr. 851,000 im Jahre 1931 gesunken sind, werden Sie verständlich finden. Überraschen wird Sie aber die Tatsache, daß das letztjährige Sammlungsergebnis trotz der immer weiter um sich greifenden Arbeits- und Verdienstlosigkeit auf volle Fr. 895,000 angestiegen ist. Sie beweist Ihnen, **wie tief die Arbeit unserer Stiftung dem Schweizervolk ans Herz gewachsen ist.** Eine Verdoppelung der Bundessubvention entspricht daher nicht nur dem inzwischen gewachsenen Bedürfnis und den gesteigerten Leistungen der Kantone, sondern würde auch in weitesten Volkskreisen freudig begrüßt.

2. Übergangsbestimmung zu Art. 34 quater der Bundesverfassung.

Es steht uns nicht zu, zum Gegenentwurf der Bundesversammlung als Ganzes Stellung zu nehmen. Immerhin begrüßen wir die darin zum Ausdruck kommende Absicht, die widerstreitenden Tendenzen untereinander auszuglei-

chen und durch die Übergangslösung das künftige Zustandekommen einer Alters- und Hinterlassenenversicherung nicht zu gefährden.

Wir beschränken uns darauf, Ihnen auseinanderzusetzen, weshalb wir großen Wert darauf legen, daß der für die Alters- und Hinterlassenenfürsorge bestimmte Fünftel nicht nur zur Ausrichtung von Unterstützungen durch Vermittlung der Kantone, sondern auch gemeinnütziger Institutionen verwendet werde.

Nicht zu großes Gewicht messen wir der Erwägung bei, daß es unbillig wäre, die Stiftung „Für das Alter“, deren Dienste der Bund bisher bei der Unterstützung bedürftiger Greise in Anspruch genommen hat, bei der verfassungsmäßigen Lösung der Altersfürsorge einfach zu übergehen und es den Kantonen zu überlassen, ob und in welchem Umfange sie die Kantonalkomitees der Stiftung zur Mitwirkung heranziehen wollen.

Wichtiger scheint uns die Überlegung, daß es nicht angeht, durch kantonale Regelungen der Altersfürsorge in Verbindung mit unsern Kantonalkomitees die innere Einheit der Stiftung zu gefährden, ohne gleichzeitig ein Gegengewicht zu schaffen. Es wäre nicht gut zu verstehen, wenn der Bund, dem doch die Oberaufsicht über die schweizerische Stiftung „Für das Alter“ zusteht, nicht darauf Bedacht nehmen würde, bei der Gestaltung der vorläufigen Altersfürsorge den schweizerischen Charakter der Stiftung zu wahren.

Ausschlaggebend in der gegenwärtigen Lage ist aber doch wohl Folgendes: Weder Bund noch Kantone verfügen jetzt über die Mittel, um für die bedürftigen Greise genügend zu sorgen. Es sollte daher alles vermieden, was die freiwillige Altersfürsorge zu schwächen, und alles getan werden, was sie zu stärken geeignet ist. Die bisherige Bundessubvention hat durchaus in diesem Sinne gewirkt. Gerade das letztjährige Sammlungsergebnis der Stiftung beweist, wie hoch weiteste Volkskreise die Fürsorgetätigkeit unserer Stiftung einschätzen.

Anerkennt daher der Bund durch Heranziehung der gemeinnützigen Institutionen zur Mitwirkung deren Unentbehrlichkeit und sucht sie durch angemessene Beiträge zu fördern, so erreicht er mit den verfügbaren Mitteln einen bessern Ausbau der öffentlichen und privaten Alters- und Hinterlassenenfürsorge. Er trägt auch dem klaren Willen des Volkes Rechnung, welches in schwerster Zeit die freiwillige Altersfürsorge opferfreudig unterstützt.

Wir bitten Sie, unsere Wünsche, die wir auf Grund langjähriger Erfahrungen uns erlaubt haben, Ihnen vorzutragen, tunlichst zu berücksichtigen.

Genehmigen Sie, hochgeehrte Herren Nationalräte, hochgeehrte Herren Ständeräte, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Das Direktionskomitee der Stiftung „Für das Alter“:

Dr. F. Wegmann, Zürich, Präsident.

Dr. C. de Marval, Monruz-Neuchâtel, Vizepräsident.

W. Gürtler, Winterthur, Quästor.

Fräulein Marguerite Alioth, Arlesheim.

Direktor V. Altherr, St. Gallen.

Redaktor A. Auf der Maur, Luzern.

Dr. W. Bierbaum, Zürich.

Dr. J. Choffat, a. Minister, Porrentruy.

Oberst Dr. M. Feldmann, Bern.

Dr. H. Giorgio, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, Bern.

Nationalrat A. Grospierre, Bern.

Frau Dr. P. Langner-Bleuler, Solothurn.

Nationalrat Dr. A. Maechler, Regierungsrat, St. Gallen.

Dekan P. Walser, Chur.

Domherr J. Zurkinden, Freiburg.

Dr. W. Ammann, Zürich, Zentralsekretär.

FONDATION SUISSE
„POUR LA VIEILLESSE“

Zurich, le 8 mars 1933.

*Aux chambres fédérales
de la Confédération suisse.*

Berne

Messieurs les Conseillers nationaux!

Messieurs les Conseillers aux Etats!

Dans la prochaine session parlementaire, vous aurez à vous occuper de deux questions qui touchent de près la Fondation „Pour le Vieillesse“ et les vieillards besogneux des deux sexes dont notre institution s'occupe avec sollicitude, soit:

1. La prolongation de l'arrêté fédéral du 16 mars 1929 sur l'assistance aux vieillards indigents.
2. Les mesures transitoires au sujet de l'article 34 quarter de la Constitution fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants.

Nous nous permettons de vous soumettre nos désirs en cette matière, et serions heureux de vous voir en tenir compte lors de vos délibérations.

1. Prolongation de l'arrêté fédéral du 16 mars 1929 sur l'assistance aux vieillards indigents.

Nous demandons que cette question urgente soit traitée, discutée et trouve une solution à la session du printemps prochain. Nos comités cantonaux auxquels est confiée l'assistance individuelle aux vieillards, ne sauraient continuer leur activité à l'égard de leurs protégés en 1933, si la subvention fédérale — qui leur est entièrement répartie — ne leur parvient en temps utile. Les vieillards seront les victimes directes de tout retard dans la remise de l'allocation fédérale.

D'autre part nous espérons vivement que les Chambres pourront satisfaire aux demandes répétées que nous

leur avons adressées d'augmenter la subvention annuelle, et de la porter à un million de francs, selon le préavis de la Commission du Conseil national.

Les dépenses d'assistance individuelle ont passé de Fr. 1.301.000 en 1928 à Fr. 2.047.000 en 1931. Cette assistance nécessaire augmente d'un quart de million environ chaque année. Les cantons ont reconnu à quel point cette assistance à nos vieux et à nos vieilles s'impose, et leur participation à nos dépenses indispensables en faveur des vieillards a passé de Fr. 211.000 en 1928 à Fr. 833.000 en 1931; elle atteindra le million cette année.

Il est bien compréhensible — en ce temps de crise économique intense — que le produit de nos collectes annuelles ait quelque peu fléchi. La plus forte somme recueillie (en 1929) a été de Fr. 889.000; elle a encore atteint Fr. 851.000 en 1931. Il est réconfortant de constater que, malgré le chômage et les difficultés économiques qu'il entraîne, la collecte de 1932 a rendu Fr. 895.000. Une subvention fédérale portée au double, correspond non seulement aux nécessités présentes et aux efforts des cantons, mais serait certainement bien accueillie dans toutes les couches de notre population.

2. Mesures transitoires concernant l'article 34 quater de la Constitution fédérale.

Il ne nous appartient pas de prendre position au sujet du contre-projet présenté à l'assemblée fédérale. C'est avec joie que nous constatons dans ce projet la tendance et le désir de trouver un terrain d'entente et de permettre, par des mesures transitoires, de ne pas porter préjudice à la mise sur pied d'une assurance-vieillesse et survivants.

Nous devons nous contenter de vous faire remarquer pourquoi nous ajoutons une grande importance à ce que le cinquième destiné à l'assistance-vieillesse et survivants ne revienne pas exclusivement aux cantons pour leur assistance aux vieillards, mais aussi aux organisations d'utilité publique.

Nous ne voulons pas nous arrêter au fait qu'il serait

pour le moins étrange que la Fondation „Pour la Vieillesse“, désignée par le Conseil fédéral pour répartir sa subvention aux vieillards, soit simplement mise de côté, et que ce soit dorénavant aux cantons de voir s'ils veulent passer par nos comités cantonaux pour la répartition qu'ils auront à faire.

Il nous paraît plus important de prévenir une dissociation de l'unité de notre Fondation, en laissant les cantons s'entendre avec nos comités cantonaux sur l'assistance aux vieillards indigents, sans prévoir des mesures de compensation. Nous comprendrions difficilement que la Confédération qui a la haute surveillance sur notre Fondation, ne chercherait pas à lui conserver un caractère réellement suisse.

Il est certain qu'aujourd'hui ni la Confédération ni les cantons ne disposent de moyens suffisants pour secourir efficacement les vieillards indigents. Il faut dès lors éviter d'affaiblir l'assistance volontaire aux vieillards, et encourager tout ce qui peut la stimuler. La subvention de la Confédération a été, sans doute possible, un stimulant pour nos collectes; nous en voyons une preuve certaine dans le beau résultat de la collecte de 1932 qui a prouvé à quel point l'activité secourable de la Fondation „Pour la Vieillesse“ est appréciée par la population du pays.

Si, par une collaboration intelligente de la Confédération avec les institutions philanthropiques, on peut obtenir en Suisse une amélioration de la situation de nos vieux indigents, il serait profondément regrettable que cette collaboration fût écartée. Or l'expérience prouve que, même par les temps difficiles que nous traversons, la volonté du peuple est de participer à l'entr'aide en faveur des vieillards nécessiteux.

En vous priant de bien vouloir faire droit à nos vœux, basés sur une longue expérience, nous vous adressons, MM. les Conseillers, l'expression de notre parfaite considération.

Le Comité de Direction
de la Fondation „Pour la Vieillesse“.